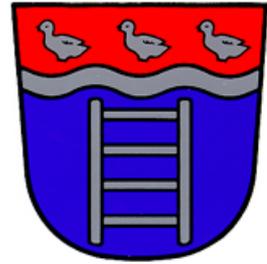


Die Fraktionen von SPD, Grüne und FDP im Rat der Stadt Bad Oeynhausen



An den
Bürgermeister
der Stadt Bad Oeynhausen
Herrn Klaus Mueller-Zahlmann

32543 Bad Oeynhausen
per Fax: 05731-14 19 23

Bad Oeynhausen, den 14.09.2009

Antrag gemäß § 3 der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse

Aufruf zum Bleiberecht für langjährig hier lebende geduldete Menschen

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

die Fraktionen von SPD, GRÜNE und FDP im Rat der Stadt Bad Oeynhausen beantragen gemäß § 3 der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Bad Oeynhausen, den TOP

Aufruf zum Bleiberecht für langjährig hier lebende geduldete Menschen

auf die Tagesordnung der Ratssitzung am 30.09.2009 zu nehmen.

Folgender Beschlussvorschlag soll eingebracht werden:

Der Rat der Stadt Bad Oeynhausen schließt sich der Initiative der beiden großen Kirchen und deren Wohlfahrtsverbänden an und verabschiedet nachstehende Resolution, die an die heimischen Bundestags- und Landtagsabgeordneten, Präsidentin des Landtags NRW, den Ministerpräsidenten des Landes NRW, den Präsidenten des Deutschen Bundestags und die Bundeskanzlerin mit der Bitte um Berücksichtigung im Beratungsverfahren weitergeleitet werden soll:

Aufruf zum Bleiberecht für langjährig hier lebende geduldete Menschen

Der Rat der Stadt Bad Oeynhausen spricht sich gemeinsam mit den beiden großen Kirchen und deren Wohlfahrtsverbänden Diakonie und Caritas und gemeinsam mit der Bundeskonferenz der Integrations- und

Ausländerbeauftragten für eine Verlängerung der Frist für die gesetzliche Altfallregelung nach § 104 a und 104 b Aufenthaltsgesetz (AufenthG) aus.

Die Anforderungen an die Lebensunterhaltssicherung müssen so korrigiert werden, dass sie der wirtschaftlichen Gesamtsituation Rechnung tragen. Für ältere, kranke bzw. erwerbsunfähige Personen müssen darüber hinaus humanitäre Aspekte berücksichtigt und kurzfristige Lösungen gefunden werden.

Der Rat der Stadt appelliert an die Landes- und Bundesregierung sowie an alle politisch Verantwortlichen im Bundestag und im Landtag NRW sich für eine qualifizierte Verlängerung der gesetzlichen Altfallregelung einzusetzen.

Begründung:

Die im Sommer 2007 beschlossene Bleiberechtsregelung für langjährig geduldete Flüchtlinge sollte die sogenannten "Kettenduldungen" abschaffen und den tausenden AusländerInnen, die seit vielen Jahren bei uns leben, eine Perspektive für einen dauerhaften Aufenthalt in Deutschland geben. Nun läuft zum 31.12. 2009 die Frist der überwiegend auf Probe erteilten Aufenthaltserlaubnisse aus. Bis dahin sollen die AntragstellerInnen nachweisen, dass sie ihren Lebensunterhalt überwiegend eigenständig durch Erwerbsarbeit sichern können. Gelingt dieser Nachweis nicht, verlieren sie ihren Aufenthaltsstatus und fallen wieder in den Status der Duldung zurück.

Schon jetzt zeichnet sich ab, dass aus Gründen, die die Betroffenen nicht zu vertreten haben, die meisten der potentiell Begünstigten diese Anforderungen nicht erfüllen können. Zum einen aufgrund der hohen Einkommensgrenzen, zum anderen aufgrund der verschärften Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt. Förder- bzw. Qualifizierungsprogramme wurden leider erst so spät angeboten, dass diese Hilfen nicht mehr fristgerecht greifen können. So konnten bislang nur ca. 25 % der Geduldeten in NRW einen dauerhaften Aufenthaltsstatus nach der Altfallregelung erhalten. Darüber hinaus können ältere, kranke bzw. erwerbsunfähige Menschen die Anforderungen überhaupt nicht erfüllen. Für diese Personengruppe müssen humanitäre Kriterien eingefügt werden, um ihnen eine faire Chance zu bieten.

Auch die Ausländerbehörden dürfen bis zum Ende des Jahres nicht im Ungewissen gelassen werden. Eine Abschiebung der verbleibenden Geduldeten wird weder aus rechtlichen, noch aus humanitären Gründen möglich sein.

Es muss eine Lösung gefunden werden, die der Absicht der Bleiberechtsregelung gerecht wird und vielen langjährig hier lebenden Flüchtlingen eine sichere Perspektive bietet.

Wir bedanken uns und verbleiben mit freundlichen Grüßen

i. A.

Olaf Winkelmann

Vorsitzender,
SPD-Fraktion

gez. Volker Brand

Vorsitzender,
Fraktion Grüne

gez. Wilhelm Ober-Sundermeyer

Vorsitzender,
FDP-Fraktion